

Hans-Werner Sinn, Wido Geis und Christian Holzner

Die Zahl der von Armut gefährdeten Personen in Deutschland lag im Jahr 2006 mit rund 14 Millionen um rund eine Million niedriger als noch 2005. Der Abbau der Armutsgefährdung verlief parallel mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit, der wegen der Agenda 2010 im letzten Boom allein in Westdeutschland um ein Million Menschen größer war, als man es bei einer Fortsetzung früherer Entwicklungsmuster hätte erwarten können. Der im Zuge der Agenda 2010 gewachsene Niedriglohnsektor ist kein Problem, sondern ein Erfolg der deutschen Politik. Es ist ein sozialer Erfolg, weil Menschen, die sonst arbeitslos wären, wieder in die Arbeitswelt integriert sind und mit Hilfe des zusätzlichen Einkommens nicht länger von Armut gefährdet sind.

Falsche Hiobsbotschaften

Als vor einem Jahr die Bundesregierung den 3. Armuts- und Reichtumsbericht veröffentlichte, wurde in den Medien der steigende Trend der Armutsgefährdung beklagt, denn immer mehr Menschen mussten sich mit einem Einkommen von weniger als 60% des Medianeinkommens zufriedengeben. In die gleiche Kerbe schlägt ein Bericht des Duisburg-Instituts (Institut für Arbeit und Qualifikation) vom Juli 2009, nach dem ein immer größerer Anteil der Beschäftigten mit Niedriglöhnen zurechtkommen muss (vgl. Kalina und Weinkopf 2006; 2008; 2009 sowie Bosch und Thorsten 2007; vgl. auch Rhein und Stamm 2006; Brenke 2006). Offenbar ist unsere soziale Marktwirtschaft nicht mehr in der Lage, große Teile der Bevölkerung vor Armut zu bewahren.

Aber stimmen diese Hiobsbotschaften wirklich? Der Armutsbericht bezieht sich auf Zahlen aus dem Jahr 2005, die schon letztes Jahr überholt waren. Das Jahr 2005 war das Jahr der höchsten Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, und die gerade in Kraft gesetzte Agenda 2010 hatte ihre Wirkungen noch gar nicht entfalten können. Inzwischen hat die Arbeitslosigkeit dramatisch abgenommen, und die Agenda 2010 hat ihre Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt entfalten können. Die Revolution, die dadurch auf dem deutschen Arbeitsmarkt ausgelöst wurde, wird nach unserer Einschätzung durch die zitierten Stellungnahmen nicht erfasst und falsch interpretiert. Gerade auch aus sozialpolitischer Sicht gibt es keinen Anlass zur Beunruhigung bezüglich der jüngeren Ent-

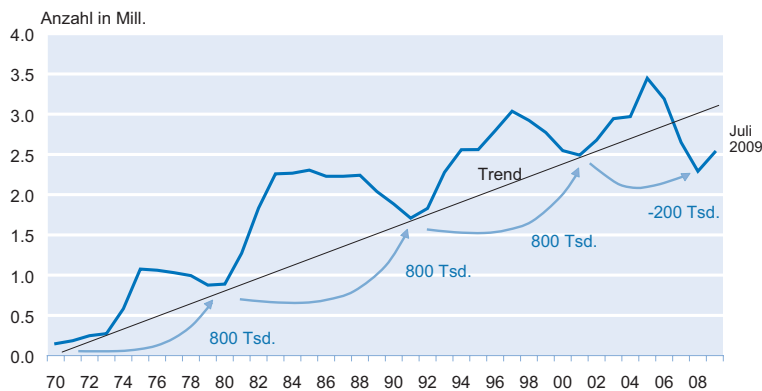
wicklungen auf dem Arbeitsmarkt, sondern ganz im Gegenteil Grund zur Entwarnung.

Die Agenda 2010

Die Agenda 2010 hat die Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt grundlegend verändert, weil mit ihr das missratene Sozialexperiment aufgegeben wurde, Armut mit immer mehr Lohnersatzleistungen bekämpfen zu wollen. Der Kern der Reform bestand im Ersatz der Arbeitslosenhilfe durch ein Lohnzuschussystem im Rahmen der Hartz-IV-Gesetzgebung. Weil weniger Geld für das Wegbleiben und mehr Geld für das Mitmachen gezahlt wurde, sanken die Lohnansprüche der Betroffenen, und zu niedrigeren Löhnen wurde es für die Unternehmen profitabel, mehr Stellen zu schaffen (für eine ausführliche Darstellung der institutionellen Änderungen vgl. Koch et al. 2009).

Der nun schon wieder zu Ende gegangene Aufschwung hat allein in Westdeutschland die Arbeitslosenzahlen um eine Million mehr verringert, als es bei einer Wiederholung früherer konjunktureller Aufschwungsmuster zu erwarten gewesen wäre (vgl. Sinn et al. 2006). Das sieht man an der Entwicklung der sogenannten Sockelarbeitslosigkeit seit 1970, wie sie in Abbildung 1 verdeutlicht wird. Die Sockelarbeitslosigkeit ist der harte Kern der Arbeitslosigkeit, der selbst im Wirtschaftsboom bei ausreichender gesamtwirtschaftlicher Nachfrage nicht verschwindet. Die Sockelarbeitslosigkeit hatte in Westdeutschland von Boom zu Boom jeweils um etwa 800 000 Perso-

Abb. 1
Arbeitslosigkeit in Westdeutschland inkl. Westberlin^{a)}, 1970–2009



^{a)} Aufteilung von Berlin ab 2001: Schätzungen des ifo Instituts.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2009.

nen zugenommen. Im letzten Boom war es indes ganz anders. Erstmals seit einem Drittel Jahrhundert nahm die Sozialarbeitslosigkeit im Vergleich zum vorangehenden Boom nicht mehr zu, sondern um 200 000 Personen ab. Der für Deutschland verhängnisvolle Trend zu einer immer weiter steigenden Massenarbeitslosigkeit war durchbrochen.

Dabei sind nicht nur tolle Jobs geschaffen worden, aber es waren immerhin Arbeitsstellen, auf denen die Betroffenen wieder Zugang zur Arbeitswelt finden konnten. Ein Ziel der Agenda 2010 war es, einen Niedriglohnsektor zu schaffen, um endlich die Langzeitarbeitslosen zu integrieren und mit Deutschlands Weltmeisterschaft bei der Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten Schluss zu machen. Noch sind die Fortschritte moderat. Deutschland hat noch immer die höchste Arbeitslosenquote unter den Geringqualifizierten unter allen westlichen Industrieländern.¹ Doch ist die deutsche Wirtschaft dem angestrebten Ziel ein gutes Stück näher gekommen, indem sie für die Geringqualifizierten mehr Stellen im Dienstleistungssektor und anderswo angeboten hat. Vor allem ist es gelungen, die Langzeitarbeitslosigkeit zu reduzieren und älteren Arbeitnehmern neue Stellen zu verschaffen (vgl. auch Bach et al. 2008; Gartner und Klinger 2008; Rothe 2009).

Die Erhöhung des Anteils der Niedriglohnbeschäftigten ist kein Problem, wie das Duisburg-Institut meint, sondern ein Erfolg der deutschen Wirtschaftspolitik, weil Menschen, die sonst arbeitslos gewesen wären, in die Arbeitswelt integriert wurden. Von einem Erfolg muss man aus sozialen Gründen schon deshalb sprechen, weil die Betroffenen wieder in soziale Netzwerke aufgenommen werden und ihren Kindern

¹ Laut OECD (2008, 153) gibt es kein westliches Industrieland mit einer höheren Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten. Unter den OECD-Ländern haben nur die Neumitglieder Ungarn und Slowakei höhere Werte.

Beispiel geben können. Und man muss aus ökonomischen Gründen von Erfolg sprechen, denn wenn mehr Menschen arbeiten, steigt das Sozialprodukt. Wer mit der eigenen Hände Arbeit einen Beitrag zu seinem Lebensunterhalt leistet, verringert die Lasten, die Steuer- und Beitragszahler sonst tragen müssten.

Enttäuscht kann nur sein, wer die Entwicklung der letzten Jahre nicht mit relevanten Alternativen, sondern Wunschträumen vergleicht. Sicher wäre es noch schöner gewesen, man hätte den zuvor arbeitslosen Geringqualifizierten und den Langzeitarbeitslosen sogleich sehr gut bezahlte Stellen verschaffen können. Nur hätte es dazu innerhalb der marktwirtschaftlichen Ordnung,

nämlich ohne einen Einstellungszwang für die Betriebe, keine Möglichkeit gegeben, weil kein Betrieb freiwillig einen Arbeitnehmer beschäftigt, der mehr kostet, als er bringt. Nur eine Verbesserung der Schulausbildung kann hier weiterhelfen. Sie ist dringend notwendig, wird sich aber erst dann auf dem Arbeitsmarkt auswirken, wenn eine neue Generation von Schülern herangebildet ist. Die kurz- und mittelfristig relevante Alternative zur Agenda 2010 war die Fortsetzung der deutschen Massenarbeitslosigkeit bei den Geringqualifizierten und den Älteren. Daran gemessen ist die Entwicklung des Niedriglohnsektors als eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte der jüngeren deutschen Politik zu bezeichnen.

Man könnte nun den Verdacht hegen, dass der Erfolg der höheren Beschäftigung mit einer Zunahme der Armutsgefährdung in Deutschland erkaufte wurde. Wenn es so wäre, dann könnte man gegenüber dem eingeschlagenen Kurs aus verteilungspolitischer Sicht Zweifel anmelden, auch wenn damit ein Wachstumsschub ausgelöst wurde und eine Reintegration bislang ausgeschlossener Bevölkerungsteile in die Arbeitswelt gelang. Doch ist nicht einmal das der Fall.

Arbeit reduziert die Armutsgefährdung

Nichts verringert die Armutsgefährdung so wie Arbeit, und sei es auch nur Arbeit zu niedrigen Löhnen (vgl. dazu auch Sinn 2008 sowie Frick und Grabka 2008). Selbst bei sehr schlecht bezahlten Stellen kommt man durch eine Vollzeitbeschäftigung über die Armutsgefährdungsgrenze, weil durch die Agenda 2010 ein Lohnzuschusssystem eingeführt wurde, das verhindert, dass Geringqualifizierte allein von ihrer Hände Arbeit leben müssen.

Ohne Arbeit kommt ein alleinstehender Hartz-IV-Empfänger auf ein monatliches Nettoeinkommen von rund 700 €,

wovon nach OECD-Angaben rund 360 € auf Wohn- und Heizkosten entfallen.² Dieser Wert liegt deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle, die nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes zuletzt 781 € betrug³ und als 60% des bedarfsgewichteten Medianeinkommens definiert ist. (Er liegt allerdings über der Armutsschwelle, die nach offizieller Definition 40% also 515 € beträgt.) Ein Hartz-IV-Empfänger ohne Arbeit gehört zu der armutsgefährdeten Personengruppe, um die sich der Armutsbericht der Bundesregierung zu Recht Sorgen gemacht hat.

Mit Arbeit ist alles anders. Der alleinstehende Hartz-IV-Empfänger liegt dann in aller Regel deutlich über der Armutsgefährdungsschwelle, weil er zusätzlich zu seinem Lohn Lohnzuschüsse im Rahmen des Hartz-IV-Systems erhält. In Deutschland gab es im Jahr 2008 etwa 1,3 Millionen so genannte »Aufstocker«. Der Begriff suggeriert fälschlicherweise, das Einkommen dieser Menschen würde bis zum Hartz-IV-Niveau aufgestockt. Wenn es so wäre, dann wären die betroffenen Personen trotz der Arbeit immer noch armutsgefährdet. In Wahrheit wird der Zuschuss jedoch, was in der Öffentlichkeit wenig bekannt ist, weit über das Hartz-IV-Niveau hinaus gezahlt und erhöht so die Einkommen der Betroffenen hinreichend, um eine Armutsgefährdung im Sinne der offiziellen statistischen Definition auszuschließen.

Das Hartz-IV-System ist ein wirksames Lohnzuschuss-system, weil es die Transferentzugsrate von 100% im alten Sozialhilfesystem auf 80% gesenkt hat. Eine solche Transferentzugsrate ist, wie das ifo Institut mehrfach moniert hat, zwar immer noch viel zu hoch, doch hat sie zu einem Paradigmenwechsel auf dem Arbeitsmarkt geführt, als mit ihr erstmals staatlich bezuschusste Arbeit möglich wurde.

Ein Alleinstehender erhält noch Lohnzuschüsse bis zu einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1 300 € und verfügt dann über ein Nettoeinkommen von rund 970 €. Dieses Nettoeinkommen liegt um etwa 190 € über der zuletzt vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Armutsgefährdungsgrenze.

Aber auch Personen, die deutlich weniger als 1 300 € verdienen, werden über die Armutsgefährdungsgrenze gehoben, wenn sie arbeiten. Das sei an zwei Beispielen verdeutlicht, die extrem niedrige Löhne unterstellen, wie sie in der öffentlichen Diskussion immer wieder angeprangert werden.

1. Beispiel (Stundenlohn 6 €)

Nimmt ein Arbeitsloser eine Beschäftigung von 40 Stunden pro Woche zu einem Niedriglohn von 6 € pro Stunde auf, der einem Bruttomonatsverdienst von rund 1 050 € entspricht, verbleiben ihm rund 960 € netto im Monat. Die Lohnsteuer in Höhe von gut 20 € und die Sozialbeiträge in Höhe von 220 € werden durch den Lohnzuschuss im Rahmen des Hartz-IV-Systems (Wohnkosten und restliches Arbeitslosengeld II) in Höhe von 150 € größtenteils übernommen. Der ALG-II-Bezieher verfügt über ein Nettoeinkommen, das deutlich, nämlich um rund 180 €, über der Armutsgefährdungsgrenze liegt.

2. Beispiel (Stundenlohn 4 €)

Verdient die betrachtete Person unter sonst gleichen Umständen nur 4 € pro Stunde, erzielt sie einen Bruttoverdienst von rund 700 € im Monat. Es fallen keine direkten Steuern an, und die Sozialbeiträge liegen bei rund 140 €. Der Lohnzuschuss im Rahmen des Hartz-IV-Systems (Wohnkosten und restliches Arbeitslosengeld II) beträgt nun aber 350 € und übertrifft damit die Sozialbeiträge in erheblichem Umfang. Das Nettoeinkommen liegt mit 910 € um etwa 210 € über dem Bruttoeinkommen und um etwa 130 € über der Armutsgefährdungsschwelle.

Weitere Beispiele für andere Familienverhältnisse zeigen das gleiche Ergebnis. Es ist deshalb zweifelsfrei, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen für ehemals Langzeitarbeitslose, und seien es nur Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor, die Armutsgefährdung verringert.

Daher verfehlt die Diskussion, die den Anstieg der im Niedriglohnbereich Beschäftigten bedauert, den entscheidenden Punkt. Niedrige Löhne sind nicht gleichbedeutend mit Armut, weil unser Sozialstaat dafür sorgt, dass diejenigen, die von ihrem Lohn allein nicht leben können, durch einen Lohnzuschuss über die Schwelle der Armutsgefährdung gehoben werden. Da niedrige Löhne die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose ermöglichen, tragen sie vielmehr dazu bei, dass durch Arbeitslosigkeit von Armut gefährdete Personen eine Chance haben, ein Einkommen zu verdienen, das über der Armutsgefährdungsschwelle liegt.

Das hat Implikationen für die Mindestlohn-debatte. So paradox es klingen mag: Politisch verursachte Lohnerhöhungen, die über das Marktergebnis hinaus führen, bedrohen einen Teil der Menschen, denen man helfen will, mit Armut. Sie vernichten nämlich Stellen und drücken das Einkommen der Arbeitslosen nach Auslaufen des Arbeitslosengeldes auf das Hartz-IV-Niveau und damit unter die Armutsgefährdungsschwelle. Der Verzicht auf Mindestlöhne verringert hingegen den Anteil der von Armut gefährdeten Menschen, weil er den

² <http://www.oecd.org/dataoecd/51/23/39662482.xls>.

³ Der Wert für 2005 beträgt 781 € und wurde vom Statistischen Bundesamt auf der Basis der EU-SILC-Daten errechnet. Der Wert für 2006 ist noch nicht verfügbar.

bislang arbeitslosen Hartz-IV-Empfängern bezuschusste Arbeit verschafft und ihr Nettoeinkommen damit über die Armutsgefährdungsschwelle hebt. Insofern entbehrt das vielfach zu hörende Lamento über die angeblich so problematischen Auswirkungen fehlender gesetzlicher Mindestlöhne jeglicher Grundlage.

Der gewaltige Beschäftigungszuwachs, den der vergangene Boom gerade auch bei den ehemals Langzeitarbeitslosen gebracht hat, hat die Armutsgefährdung in Deutschland verringert. Man braucht keine statistischen Erhebungen für diese Erkenntnis. Der Schluss ist zwingend.

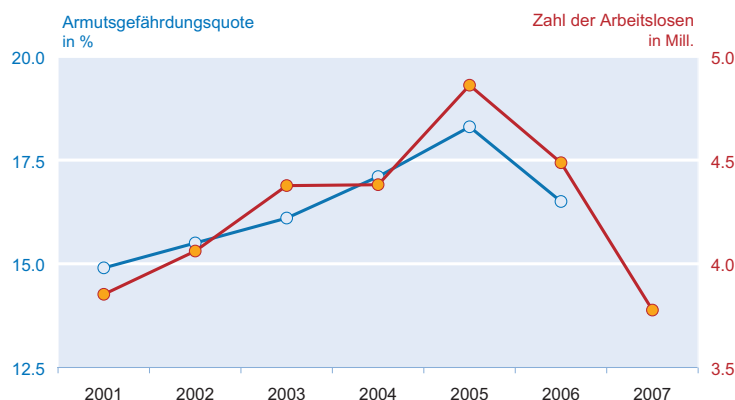
Die Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels

Dennoch ist ein Blick auf die Statistik hilfreich, um diese Erkenntnis zu prüfen. Inzwischen liegen nämlich die Ergebnisse des Sozioökonomischen Panels für das Jahr 2006 und damit für das erste Boomjahr vor, also das erste Jahr, in dem die Arbeitslosenzahlen in Deutschland wieder deutlich zurückgingen. Das Sozioökonomische Panel ist zwar nur eine Stichprobe und nicht mit amtlichen Daten gleichzusetzen, die eine breitere statistische Basis haben. Die Einkommensverteilung, die es darstellt, weist einige systematische Verzerrungen gegenüber der tatsächlichen Verteilung auf, die insbesondere eine Übertragung der Niveauiussagen erschweren. Dennoch zeigt dieses Panel in aller Regel die zeitlichen Trends sehr gut an und wird deshalb auch im Armutsbericht der Bundesregierung mit herangezogen.

Abbildung 2 vergleicht die zeitliche Entwicklung der Armutsgefährdungsquote mit der Entwicklung der Arbeitslosenzahl. Dabei ist die Armutsgefährdungsquote aus Konsistenzgründen nicht bezüglich der offiziellen Armutsgefährdungsgrenze definiert, sondern bezüglich einer endogen bestimmten Grenze, die bei 60% des bedarfsgewichteten Medianeinkommens von rund 1 470 € liegt, wie es sich in der Stichprobe ergibt.⁴

Im Jahr 2005 lag die so berechnete endogene Armutschwelle bei 880 €, während die offizielle Schwelle, wie erwähnt, 781 € betrug. Und entsprechend lag die Quote de-

Abb. 2
Armutsgefährdung und Arbeitslosigkeit



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2009; Berechnungen des ifo Instituts auf Basis des Sozioökonomischen Panels 2008.

rer, die unter der jeweiligen Schwelle leben, in der offiziellen Statistik bei 13%, doch im Sozioökonomischen Panel bei 18%. Diese Niveauunterschiede wurden auch schon im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom letzten Jahr beschrieben und diskutiert.⁵ Vermutlich haben sie auf Änderungen im Zeittrend selbst keinen Einfluss, zumal in den beiden oben betrachteten Beispielen von 4 bzw. 6 € Stundenlohn eine Person, die von der Arbeitslosigkeit in die Arbeit wechselt, ebenfalls über die Armutsschwelle gemäß Sozioökonomischem Panel gehoben wird.

Die Abbildung bestätigt die Erkenntnis, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit die Armutsgefährdung verringert hat. Während nämlich die Armutsgefährdungsquote in den Jahren bis 2005 parallel zur Zunahme der Arbeitslosigkeit stark anstieg, ging sie von 2005 auf 2006 um rund 1,5 Prozentpunkte zurück. Das ist der erste statistische Hinweis darauf, dass die beschäftigungspolitischen Maßnahmen im Rahmen der Agenda 2010 tatsächlich zu einer Verringerung des Anteils der armutsgefährdeten Personen geführt haben. Wenn in den nächsten Jahren mehr statistische Informationen für die anderen Boomjahre vorliegen, wird man dies mit noch größerer Deutlichkeit erkennen können.

Mit der Agenda 2010 hat Deutschland eine bemerkenswerte Reform des Sozialstaates vorgenommen, die von historischer Bedeutung ist. Indem weniger staatliches Geld für das Wegbleiben und mehr für das Mitmachen angebo-

⁴ Der Berechnung des Äquivalenzeinkommens liegt die neue OECD-Bedarfsgewichtungsskala (Haushaltsvorstand, Gewicht = 1; jede weitere Person über 14 Jahre, Gewicht = 0,5; jede Person mit 14 Jahren oder jünger, Gewicht = 0,3) zugrunde. Als Berechnungsgrundlage werden die vom DIW berechneten und im Cross-National-Equivalent-Datensatz bereitgestellten Jahresnettoeinkommen verwendet. Die Berechnungsweise des ifo Instituts ist daher vergleichbar mit den Berechnungen des RWI und unterscheidet sich nur unwesentlich von den Berechnungen des DIW für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht (vgl. DIW, ZEW, Hauser und Becker 2008; Frick und Grabka 2008).

⁵ Vgl. Bundesregierung (2008, 20–24). Die Berechnungen zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht basieren auf drei verschiedenen Datengrundlagen: Gemeinschaftsstatistik für die EU des Statistischen Bundesamtes über Einkommen und Lebensbedingung (EU-SILC), Sozioökonomisches Panel (SOEP) und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Je nach Datengrundlage und Berechnungsmethode des Nettoäquivalenzeinkommens ergeben sich somit unterschiedliche Werte für die Armutsgefährdungsschwelle. Solange die jeweiligen Datengrundlagen und Berechnungsmethoden über die Zeit unverändert bleiben, ist davon auszugehen, dass der zugrunde liegende Zeittrend für alle Datensätze derselbe ist. Zur Datenlage für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht vgl. auch Werding (2008).

ten wurde, wurde der implizite Mindestlohn, der durch das Sozialsystem gebildet wird, gesenkt. Das hat viele neue Stellen im Dienstleistungssektor, für Ältere und für Geringqualifizierte geschaffen. Die Erfolge auf dem Arbeitsmarkt übertrafen alle Erwartungen. Diese Erfolge wurden nicht durch einen Sozialabbau erkaufte, wie von interessierter Seite immer wieder behauptet und unter großem propagandistischen Aufwand über bestimmte Medien verbreitet wird. Vielmehr war es genau umgekehrt: Wegen der Lohnzuschüsse, die mit dem Hartz-IV-System eingeführt wurden, hat die Armutsgefährdung in Deutschland abgenommen. Niedriglöhne, von denen man nicht leben kann, sind nun eben nicht mehr mit Einkommen gleichzusetzen, von denen man nicht leben kann. Dem Ziel, dass jeder, der arbeiten will, arbeiten kann, und dann genug zum Leben hat, ist Deutschland mit der Agenda 2010 nach jahrzehntelangen Fehlversuchen beim Ausbau der Lohnersatzleistungen einen großen Schritt näher gekommen.

Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2008 hatte gezeigt, dass die auf der Basis des SOEP berechnete Armutsgefährdungsquote in den Jahren von 2000 bis 2005 um 5 Prozentpunkte auf 18 Prozent angestiegen war. Damit waren im Jahr 2005 rund 15 Millionen Personen in Deutschland von Armut gefährdet. Im Jahr 2005 hatte jedoch der Wirtschaftsaufschwung den Arbeitsmarkt noch nicht erreicht, und so konnte der Bericht die positiven Beschäftigungseffekte der Agenda 2010 nicht abbilden. Bereits im Laufe des Jahre 2006 haben sich die Verhältnisse grundlegend verändert. Der jahrelange Trend einer zunehmenden Spreizung der Einkommen (nicht: der Löhne) wurde gestoppt, und die Armutsgefährdungsquote sank (vgl. auch Frick und Grabka 2008), im Vergleich zu 2005 immerhin um rund 1,5 Prozentpunkte. Damit waren im Aufschwungjahr 2006 rund eine Million Personen weniger von Armut gefährdet als im Jahr 2005, dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit.

Literatur

- Bach, H.-U., H. Gartner, S. Klinger, T. Rothe und E. Spitznagel (2008), *Arbeitsmarkt 2008; Der Aufschwung lässt nach*, IAB-Kurzbericht Nr. 3, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.
- Bosch, G. und K. Thorsten (2007), »Niedriglöhne in Deutschland – Zahlen, Fakten, Ursachen«, in: G. Bosch und C. Weinkopf (Hrsg.), *Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland*, Campus Verlag, Frankfurt am Main, 20–105.
- Brenke, K. (2006), »Wachsender Niedriglohnsektor in Deutschland – sind Mindestlöhne sinnvoll?«, *DIW-Wochenbericht* 73 (15/16), 197–205.
- Bundesregierung (2008), *3. Armuts- und Reichtumsbericht*, http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.pdf.
- Frick, J. und M. Grabka (2008), »Niedrigere Arbeitslosigkeit sorgt für weniger Armutsrisiko und Ungleichheit«, *DIW-Wochenbericht* 75(38), 17. September, 556–566.
- Gartner, H. und S. Klinger (2008), »Aufschwung am Arbeitsmarkt – Trendwende oder Strohfeuer«, *Wirtschaftsdienst* 87(9), 613–619.
- Haisken-DeNew, J. und C. Schmidt (2009), »Nickel and Dimed German Style: The Working Poor in Germany«, *Ruhr Economic Papers* Nr. 122.

- Kalina, T. und C. Weinkopf (2008), *Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen*, IAB-Report Nr. 2008-01, Institut Arbeit und Qualifikation, Gelsenkirchen.
- Kalina, T. und C. Weinkopf (2009), *Niedriglohnbeschäftigung 2007 weiter gestiegen – zunehmende Bedeutung von Niedrigstlöhnen*, IAB-Report Nr. 2009-05, Institut Arbeit und Qualifikation, Gelsenkirchen.
- Koch, S., P. Kupka und J. Steinke (2009), *Aktivierung, Erwerbstätigkeit und Teilhabe*, IAB-Bibliothek Nr. 315, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.
- OECD (2008), *Education at a Glance 2008: OECD Indicators*, OECD, Paris.
- Rhein, T. und M. Stamm (2006), *Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland – deskriptive Befunde zur Entwicklung seit 1980 und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige*, IAB-Forschungsbericht 12/2006, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.
- Rothe T. (2009), *Arbeitsmarkt im Konjunkturverlauf; Nicht zuletzt eine Frage der Einstellungen*, IAB-Kurzbericht, Nr. 13/2009, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg.
- Sinn, H.-W. (2008), Der bedarfsgewichtete Käse und die neue Armut, *ifo Schnelldienst* 61(10), 30. Mai, 14–16; auch erschienen als »Armutsbericht: Bedarfsgewichteter Käse«, *Wirtschaftswoche* Nr. 22, 26. Mai 2008, 48 f.
- Sinn, H.-W., C. Holzner, W. Meister, W. Ochel und M. Werding (2006), *Germany's Current Agenda for an Activating Social Assistance*, Eduard Elgar Publishing, Chatterham (UK).
- Werding, M. (2008), Armutsmessung: Unklare Datenlage – chaotische Berichterstattung, *ifo Schnelldienst* 61(10), 54–55.